

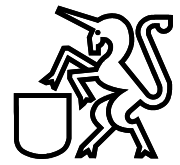


## 20. Sitzung Gemeinderat (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 2. Februar 2009, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Andrea Kuhn-Senn, Ratspräsidentin
Anwesend:	36 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Rudolf Herter (FDP) Theo M. Johner (DP) Valeria Rampone (GEU) Stephan Schneider (CVP)
Protokoll:	Marcel Amhof, Sekretär
Stimmzähler:	Rolf Biggel, Bereich rechts, FDP und Bürotisch Patric Crivelli, SVP Stefanie Huber, Bereich links
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 19. Sitzung vom 1. Dezember 2008
3. Postulat Hans-Felix Trachsler (SVP) und 21 Mitunterzeichnende betreffend „Abfallrechnung“ / Beantwortung (Geschäft Nr. 165/2008)
4. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und acht Mitunterzeichnende betreffend „Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit“ / Beantwortung (Geschäft Nr. 168/2008)
5. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und zwei Mitunterzeichnende betreffend „Integration in Dübendorf“ / Beantwortung (Geschäft Nr. 174/2008)
6. Motion Patrick Angele (Juso/SP) und sechs Mitunterzeichnende betreffend „Cannabis-Tests“ / Begründung und Überweisung (Geschäft Nr. 191/2008)
7. Interpellation Patrick Angele (Juso/SP) und sechs Mitunterzeichnende betreffend „Wiedereröffnung des Militärflugplatzes Dübendorf“ / Begründung (Geschäft Nr. 192/2008)
8. Zweite Fragestunde im Amtsjahr 2008/2009
9. Fünf Bürgerrechtsgesuche



- 9.1 Winslows Antony Dhanson, srilankischer Staatsangehöriger, sowie seine Kinder Abishek Dhanson und Angel Aasikka, wohnhaft Meisenweg 14, Dübendorf (Geschäft Nr. 147/2008)
- 9.2 Kryeziu Nazim, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Aurela und Leondis, wohnhaft Grundstrasse 30, Dübendorf (Geschäft Nr. 175/2008)
- 9.3 Daparte Aneiros Monica, spanische Staatsangehörige, sowie die Kinder Lopez Daparte Alejandro und Lopez Daparte Sara, wohnhaft Gumpisbuelstrasse 64, Dübendorf (Geschäft Nr. 185/2008)
- 9.4 Delija Sanije geb. Jasiqi, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, und ihr Ehemann Delija Adem, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Kaltrina und Granit, wohnhaft Heugatterstrasse 22, Dübendorf (Geschäft Nr. 186/2008)
- 9.5 Pachmann Herbert Gustav, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft Casinostrasse 10, Dübendorf (Geschäft Nr. 187/2008)

## 1. Mitteilungen

### Mitteilungen der Ratspräsidentin

- Neue Ratsmitglieder  
Die Ratspräsidentin heisst die beiden Neumitglieder Anna Hermann (CVP) und Rolf Biggel (FDP) willkommen. Sie bittet die beiden neuen Gemeinderäte sowie Thomas Stalder (EVP) und Jacqueline Hofer (SVP), die seit September bzw. Oktober im Gemeinderat sitzen, sich kurz persönlich vorzustellen.
- Rücktritt aus Jugendkommission  
Christian Lees ist Herbst vergangenen Jahres aus der Jugendkommission zurückgetreten. Die Suche nach einer nachfolgenden Person ist im Gang. Der Gemeinderat wird dann die Wahl in die Jugendkommission vornehmen.
- Nächste Sitzung  
Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Montag, 2. März 2009 um 19.00 Uhr im Saal des ReZ statt.

### Stellungnahme Stadtrat Hans Zeier (CVP)

Stadtrat Hans Zeier (CVP) verliest eine Stellungnahme zum Stand der Rekurse zu zwei Baubewilligungen in Stettbach:

„Ich habe an der letzten Sitzung versprochen, den Gemeinderat zu informieren, wenn Entscheide der Baurekurskommission vorliegen. Für die Liegenschaft Stettbachstrasse 47, 49, 51 hat die Baurekurskommission bei der kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission einen Amtsbericht mit konkreten Fragen in Auftrag gegeben. Die Schutzwürdigkeit dieser Liegenschaft wird also genau abgeklärt. Mit Verfügung vom 12. Dezember 2008 wurde das Verfahren einstweilen sistiert, bis dieser Bericht vorliegt, was in etwa zwei bis drei Monaten der Fall sein dürfte.

Beim Bauernhaus an der Böszelgstrasse 1, bei dem die Bauherrschaft bekanntlich mehr abgebrochen hat, als ursprünglich bewilligt wurde, hat die Baurekurskommission mit ihrem Entscheid vom 17. Dezember 2008 sämtliche gegen den Bauausschuss und den Stadtrat vorgebrachten Vorwürfe als



unberechtigt beurteilt. Sie hat deshalb die eingegangenen Rekurse entweder abgewiesen oder ist aus verfahrensrechtlichen Gründen gar nicht darauf eingetreten. Der Entscheid der Baurekurskommission wird demnächst rechtskräftig, wenn nicht innerhalb der Rekursfrist noch eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht wird. Aus Gründen des Ortsbildschutzes muss jetzt das Gebäude in der bisherigen Kubatur wieder aufgebaut werden, so wie es der Kernzonenplan Stettbach unserer Bauordnung vorschreibt.

Zur Arbeit der Dübendorfer Baubewilligungsbehörde darf schliesslich noch festgehalten werden, dass wir bei der Umsetzung der sehr komplexen baurechtlichen Vorschriften eine recht gute Erfolgsbilanz aufweisen. Gemäss Geschäftsbericht haben die Abteilung Hochbau, der Bauausschuss und der Stadtrat zusammen im Jahr 2007 222 Baubewilligungen erteilt. In zwölf Fällen gab es Rekurse, wobei die Hälfte davon zurückgezogen wurde, da sich Rekurrent und Bauherr aussergerichtlich einigten. Die verbliebenen sechs Rekurse wurden mehrheitlich zugunsten der Stadt entschieden.“

## Antrag Hans-Felix Trachsler (SVP) zur Änderung der Geschäftsliste

Hans-Felix Trachsler (SVP) stellt den folgenden Ordnungsantrag:

„Ich stelle namens der SVP-Fraktion einen Ordnungsantrag zur Änderung der Traktandenliste. Ich beantrage die Absetzung des Traktandums 6 „Motion Patrick Angele betreffend Cannabis-Test“ und begründe wie folgt:

Patrick Angele betitelt seinen Vorstoss als Motion. Gemäss Art 46 der Geschäftsordnung des GR definiert sich die Motion wie folgt: „Die Motion ist ein Auftrag an den SR, Bericht und Antrag über einen Gegenstand zu stellen, der in die Zuständigkeit der Gemeinde (Urnenabstimmung) oder des GR fällt.“ Wenn ich das angeschnittene Thema betrachte, bin ich der Ansicht, dass es gemäss aktueller Kompetenzordnung auf Stufe Abteilungsleiter, allenfalls Ressortvorstand oder SR, aber bestimmt nicht auf Stufe GR, anzusiedeln ist. Daraus schliesse ich, dass es bei diesem Vorstoss um keine Motion handelt. Vor diesem Hintergrund ist das Geschäft heute abzusetzen.“

Keine weitere Wortmeldung.

### Abstimmung

Für den Ordnungsantrag der SVP-Fraktion	22 Stimmen
Gegen den Ordnungsantrag der SVP-Fraktion	13 Stimmen

Dem Ordnungsantrag wird damit zugestimmt. Die Motion von Patrick Angele betreffend „Cannabis-Tests“ wird somit von der Geschäftsliste gestrichen und an das Büro Gemeinderat zurückgewiesen.

## Antrag Andrea Kennel (SP) zur Änderung der Geschäftsliste

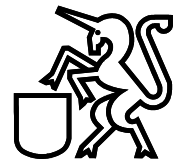
Andrea Kennel (SP) stellt im Namen der SP/Juso-Fraktion den Ordnungsantrag, die Geschäfte 3 und 4 der Gemeinderatssitzung (Beantwortung von zwei Postulaten) von der Geschäftsliste zu streichen. Gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates müssten die notwendigen Unterlagen zu den Geschäften 14 Tage vor der Sitzung in der Aktenaufgabe vorhanden sein. Die Beantwortung der beiden Postulate sei aber unvollständig gewesen, da jeweils der Antrag gefehlt habe und erst später ergänzt wurde. Der Antrag des Stadtrats sei bei einem Postulat aber zentral.

Keine weitere Wortmeldung.

### Abstimmung

Für den Ordnungsantrag der SP/Juso-Fraktion	7 Stimmen
Gegen den Ordnungsantrag der SP/Juso-Fraktion	28 Stimmen

Die Geschäfte 3 und 4 verbleiben somit auf der Geschäftsliste.



## 2. Protokoll der 19. Sitzung vom 1. Dezember 2008

Gegen das erwähnte Protokoll sind bei der Präsidentin des Gemeinderats keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

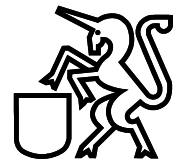
## 3. Postulat Hans-Felix Trachsler (SVP) und 21 Mitunterzeichnende betreffend „Abfallrechnung“ / Beantwortung (Geschäft Nr. 165/2008)

### Stellungnahme Hans-Felix Trachsler (SVP)

„Ich habe die SR-Antwort auf mein Postulat, das an der Juli Sitzung mit 32 und ohne Gegenstimmen überwiesen worden ist, zur Kenntnis genommen. Persönlich bin ich vom Stadtrat in dieser Frage mehr als nur enttäuscht. In der stadträtlichen Antwort kommt einmal mehr klar zum Ausdruck, dass die Exekutive in der Frage der künftigen Abfallwirtschaft über keinen Weitblick verfügt. Wohin die Reise geht und welches Ziel der Stadtrat in dieser Frage konkret anstrebt, wird nicht erwähnt. Seit langem wird nur auf das sich in Arbeit befindliche Konzept verwiesen. Tönt schön und gut, aber für uns im Gemeinderat sind nicht einmal die Umrisse bekannt. Das macht uns aufgrund der langen und beschwerlichen Vorgeschichte skeptisch, ja sogar misstrauisch. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Informationsveranstaltung über die Erkenntnisse des Abfallworkshops von anfangs November 08, der von einer stattlichen Gemeinderatsdelegation besucht worden war. Auf meine Frage an Stadtrat Güttinger, wo nun die Schwerpunkte der kommenden Arbeit liegen und welche politischen Ziele er verfolge, kam einmal mehr die typische Antwort: ‚wir überlegen es uns, wir wissen es nicht so genau, wir haben es noch nicht diskutiert.‘

Fazit: Der stadträtliche Leader im Bereich Abfallwirtschaft weiss nicht konkret, was er will. Eigentlich ist das mehr als nur bedenklich, wie Stadtrat Güttinger seine Führungsaufgabe wahrnimmt. Die Gebührenfrage ist seit langem ein Thema. Immer wieder sucht der Stadtrat einen Ausweg, um eine adäquate Anpassung vorzunehmen. Ich gehe davon aus, dass die nun beschlossene Reduktion der Grundgebühren nur aufgrund des politischen Drucks im Gemeinderat überhaupt vorgenommen worden ist. Ich bin enttäuscht, dass derartige Schritte überhaupt nötig sind, um eine an und für sich selbstverständliche Reduktion aus eigenem Antrieb vorzunehmen. Die Postulatsantwort als solches ist einmal mehr – und das überrascht unter der Federführung von Stadtrat Güttinger nicht – oberflächlich und widersprüchlich. In der Antwort des Stadtrats steht, dass die Gebührenreduktion per 1.4.09 in Kraft tritt. Im SRB vom 23.10.08 ist aber vom 1.1.09 die Rede. Was ist nun korrekt? Gibt es allenfalls einen weiteren Stadtratsbeschluss, der dem Gemeinderat nicht bekannt ist? Ergänzend wäre es schön, wenn die stadträtliche Antwort auch noch ohne Form- und Schreibfehler verfasst worden wäre. Die Fragen 1 & 2 des Postulats sind nur oberflächlich beantwortet worden und lassen viele Bereiche weg. Im Bericht werden zwar ein paar bestimmte berechnete Hinweise zur Entwicklung von verschiedenen Sekundärrohstoffen aufgeführt. Welche konkreten Konsequenzen der erwähnte Preiszerfall auf die gesamte Abfallrechnung und damit auf die Gebühren hat, wird mit keinem Wort erwähnt. Diese oberflächliche Antwort überrascht mich nicht. Nun reicht es aber. Der Gemeinderat will in dieser Frage endlich ernst genommen werden.

Die konkret gewünschte Vorgehensweise für den Abbau der bestehenden Überdeckung in der Abfallrechnung wird nicht erwähnt. Vor diesem Hintergrund kann der stadträtliche Antrag auf Abschreibung des Postulats nicht wirklich ernst genommen werden. Bevor der Gemeinderat die Abschreibung des Postulats beschliessen kann, hat das neue Abfallkonzept effektiv vorzuliegen und ist durch den Gemeinderat abschliessend zu würdigen. Vor diesem Hintergrund beantrage ich dem Gemeinderat, den stadträtlichen Antrag auf Abschreibung abzulehnen.“



## Diskussion

Stadtrat Rolf Güttinger (EVP) nimmt die Kritik „zum Teil als Wahlkampf in den Sack“. Er werde bei der Präsentation des Abfallkonzepts seinen Termin einhalten und nicht über etwas informieren, das nicht fertig ist. Er freue sich aber auf die Diskussion mit dem Gemeinderat über das Abfallkonzept.

Daniel Brühwiler (GEU): „Ich zitiere aus der Postulat-Anwort: ‚Was auf keinen Fall leiden sollte ist der sehr gut gelebte Gedanke von der Abfalltrennung und dem Recycling.‘ Diesem Satz kann die GEU-Fraktion ohne Vorbehalte zustimmen. Aber darum geht es beim vorliegenden Postulat gar nicht. Vielmehr geht es darum, den über die Jahre angehäuften Überschuss in der Abfallrechnung mittels Gebührenreduktion abzubauen. Dadurch wird der Gedanke von Abfalltrennung und Recycling in keiner Weise tangiert. Was führt den Stadtrat nun gegen Gebührensenkungen ins Feld? Er habe gerade den Beschluss gefasst, die Gebühren auf den 1. April 2009 zu senken, ist ein erstes Argument. Dies war dem Gemeinderat bekannt, als er anlässlich der Budget-Debatte eine weitergehende Senkung der Grundgebühr verlangte. Dieses Argument hat daher keine Kraft. Als zweites erwähnt der Stadtrat die Investitionen, welche das neue Abfallkonzept verursachen werde. Auch dieses Argument war dem Gemeinderat bei der Budget-Debatte bekannt, wurden doch sogar einige Investitionen im Abfallbereich gestrichen. Auch dieses Argument ist daher ohne Kraft. Abgesehen davon muss man beachten, dass nur die Abschreibungen und Zinsen von Investitionen in der Abfallrechnung überhaupt Wirkung erzielen. Anstehende Investitionen sind daher grundsätzlich kein Argument für das Horten von Geld in der Abfallrechnung. Als drittes erwähnt der Stadtrat schliesslich gesunkene Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, welche den Erlaus aus dem Wertstoffverkauf mindere. Dieses Argument ist zwar zutreffend. Doch verpasst es der Stadtrat, diese Auswirkungen in den Gesamtzusammenhang der Abfallrechnung der nächsten paar Jahre zu stellen und aufzuzeigen, wie schnell der Überschuss nun ‚dahinschmilzt‘. Genau dies hätten wir erwartet, nachdem der Tiefbauvorstand in der Budget-Debatte erklärt hat, man habe nun im Abfallbereich die finanzielle Kontrolle wieder erlangt. Ohne Gesamtzusammenhang sind die Aussagen des Stadtrats über sinkende Erlöse als ‚Jammern ohne Grund‘ zu bezeichnen, weshalb auch dieses Argument seine Kraft verliert. Aus diesem Grund ersuche ich den Gemeinderat, für die Aufrechterhaltung dieses Postulats zu stimmen.“

Hans-Felix Trachsler (SVP) betont, keinen Wahlkampf zu betreiben. Er hätte nichts gegen die Abschreibung des Postulats gehabt, wenn die Antwort des Stadtrats genügend gewesen wäre.

## Abstimmung

Für Antrag Stadtrat

2 Stimmen

Gegen Antrag Stadtrat

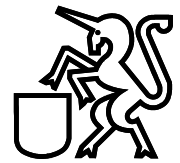
28 Stimmen

Das Postulat Nr. 165/2008 wird somit aufrecht erhalten.

## **4. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und acht Mitunterzeichnende betreffend „Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit“ / Beantwortung (Geschäft Nr. 168/2008)**

### Stellungnahme Gaby Gossweiler (FDP)

„Die stadträtliche Beantwortung unseres Postulates wurde letztendlich so ergänzt, dass sie einer Postulatsbeantwortung entspricht und nicht wie in der ersten Ausgabe einer Interpellationsbeantwortung – leider ohne Hinweis darauf, dass es sich um eine korrigierte Version handelt. Im gleichen Arbeitsgang hätten auch die beiden anderen formellen Fehler korrigiert werden können: das Postulat wurde von mir und Daniel Brühwiler gemeinsam eingereicht, mit unterzeichnet von acht Gemeinderäten. Immerhin hat der Sekretär des GR die Anzahl Mitunterzeichnende korrekt in die Traktandenliste

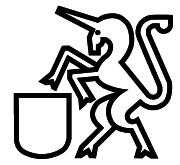


aufgenommen. Die Nennung des inhaltlichen Fehlers ergibt sich während meiner Ausführungen. Der Stadtrat weist in seiner Postulatsantwort darauf hin, dass in Bezug auf Trixi-Spiegel die Meinung der verschiedenen Fachverbände „zwiespältig“ wäre. Dies ist die falsche Wortwahl und suggeriert auch etwas Falsches – zweifellos richtig wäre das Wort „vielfältig“ gewesen. Unter „Vorbemerkungen/Hinweise“ stellt der SR einen direkten Bezug zur VI „Für ein durchgängiges Velonetz und genügend Veloabstellanlagen in Dübendorf“ her. Dies ist formell nicht richtig, da die VI in Form einer allgemeinen Anregung formuliert war, ebenso der Gegenvorschlag. Das vorliegende Postulat formuliert klar und deutlich zwei bestimmte Sofortmassnahmen und kann daher nicht im Kontext mit der VI oder des vom Volk angenommenen Gegenvorschlages sein – trotz inhaltlich ähnlichem Thema. Im gesamten gesehen erstaunt mich der unsorgfältige Umgang mit politischen Vorstössen aus dem Gemeinderat sehr.

Wie prüft man etwas, das man unbedingt verhindern will? Man fragt jene, die dies auch nicht wollen und macht einen grossen Bogen um die, welche viele positive Erfahrungen haben mit dem, was geprüft werden muss! Nur so ist zu verstehen, dass der Stadtrat lediglich die Stadtpolizei Zürich zu den Trixi-Spiegeln befragt hat und nicht etwa die Verkehrspolizei Winterthur – denn dies hätte zu einer total anderen Beurteilung der Situation geführt. Laut telefonischer Auskunft des Leiters Sicherheit der Stadtverwaltung hat die verkehrstechnische Abteilung der Kantonspolizei Zürich keine eigene Meinung zum Trixi-Spiegel und schliesst sich der Abteilung für Verkehr der Stadtpolizei Zürich an, die sich auf die Abschreibung des Postulats Schönbächler im Geschäftsbericht 2005 der Stadt Zürich beruft. Die Stadt Winterthur hat nicht im Jahre 2005 Trixi-Spiegel montiert, wie der Stadtrat fälschlicherweise angibt, sondern bereits 1998, damals eine schweizerische Pioniertat. Gemäss Angaben des Hauptabteilungsleiters Verkehrslenkung, Beat Kammermann, dem ich für die speditive und umfassende Beantwortung meiner Anfrage danke, sind in Winterthur zurzeit an 29 Standorten 67 Trixi-Spiegel montiert. Diese haben eine Lebensdauer von ca. fünf Jahren und werden bei Bedarf erneuert. Kostenpunkt für einen beheizbaren Spiegel inkl. Installation und Unterhalt Fr. 1000.00. Bei Erhebungen bezüglich Rechtsabbiegeunfällen In den Jahren 1998 bis 2004 in der Stadt Winterthur wurde kein einziger entsprechender Unfall registriert. Beurteilung der Situation: ...aus der Warte der Stadtpolizei Winterthur klare Antwort – Trixi-Spiegel tragen eindeutig zur Verkehrssicherheit bei, die erweiterte Sicht auf die vor und neben dem Fahrzeug wartenden Velofahrenden hat damit klar seine Wirkung eindeutig unter Beweis gestellt. Als besonders wirksam zeigte sich die verbesserte Sicht vor und neben das Fahrzeug bei langer Rotzeit, starkem Velo-Geradeaus- und starkem Motorfahrzeug-Rechtsabbiegerverkehr. Das Echo aus der breiten Öffentlichkeit war in Winterthur auf die Einführung des Trixi-Spiegels durchwegs positiv (Ende Zitat). Winterthur hat nebst und trotz Trixi-Spiegeln diverse bauliche Massnahmen zur Verkehrssicherheit des Langsamverkehrs installiert, versetzte Haltebalken Veloverkehr/Motorfahrzeugverkehr, Velosäcke, vorzeitige Grünphase Veloverkehr etc. und steht trotz diesen Vorrichtungen klar und konsequent weiterhin für den Unterhalt der Trixi-Spiegel ein, dies trotz des Obligatoriums für TOWISPICK-Spiegel für Fahrzeuge über 7.5t.

Die Dienstabteilung der Stadtpolizei Zürich beruft sich zum einen auf die Abschreibung des Postulats Schönbächler im Geschäftsbericht 2005 der Stadt Zürich, den ich prompt vom Pressedienst der Stadtpolizei erhalten habe und zum andern auf eine Abhandlung der Dienstabteilung Verkehr der Stadtpolizei Zürich. Formaljuristisch wird Bezug genommen auf Gesetzesgrundlagen, die unter anderem aussagen, dass sich Motorfahrzeuge so nahe wie möglich an den rechten Strassenrand anschliessen müssen, dass keine Möglichkeit für Rechtsvorfahren von Velofahrenden möglich ist. Genau bezüglich dieser Gesetzesgrundlage ist allerdings im Jahre 2000 ein Bundesgerichtsurteil (127 IV 34) gefällt worden, anlässlich dem die richterliche Empfehlung aussagt, dass eine fahrzeuginterne „TOWISPICK“-Montage und das Anbringen von fahrzeugexternen „Trixi-Spiegeln“ Rechtsabbiegerunfälle verhüten können. Unklar bleibt die formaljuristische Abhandlung der Dienstabteilung der Stadtpolizei Zürich in Bezug auf Rechtsabbiegen bei Strassen mit Velostreifen, die bekanntlich von Motorfahrzeugen nicht befahren werden dürfen.

Die praxisbezogene Erfahrung aus Winterthur sowie die Empfehlung des Bundesgerichtes sind höher zu werten als die formaljuristischen Aussagen der Verkehrspolizei der Stadt Zürich. Unser Postulat



trägt den Titel „Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit“. Bei einer Lebensdauer der Trixi-Spiegel von ca. 5 Jahren und bei ungefähren Kosten in der Höhe von Fr. 15'000.000 ist es statthaft zu fordern, dass an allen exponierten Stellen in unserer Stadt Trixi-Spiegel montiert werden. Da für Planung und Umsetzung von eventuellen baulichen Massnahmen sehr viel Zeit vergeht und in der Zwischenzeit mit diesen Trixi-Spiegeln wertvolle Erfahrungen gesammelt werden können, besonders da auch Motofahrzeuge unter 7.5t, die nicht unter die gesetzliche Vorgabe, mit TOWISPICK-Spiegeln ausgerüstet zu sein, fallen, unter Umständen gefährlich für die schwächeren Verkehrsteilnehmer sein können – eventuell entschliesst sich dann Dübendorf analog Winterthur für beide Verkehrssicherheitsmassnahmen. Allen die meinen, es wäre in Dübendorf noch kein derartiger Verkehrsunfall passiert und darum wären die erwähnten Sicherheitsmassnahmen überflüssig, entgegne ich, dass wir uns auch gegen Grippe impfen lassen, bevor wir an dieser erkrankt sind. Ich ersuche sie, den Antrag des Stadtrates auf Abschreibung unseres Postulat abzulehnen und mit der Aufrechterhaltung dieses Postulates ein Zeichen für Sofortmassnahmen für mehr Verkehrssicherheit zu setzen. Danke. Auf die zweite Forderung des Postulates, des Velostadtplans, geht mein Mitpostulant Dani Brühwiler ein.“

## Stellungnahme Daniel Brühwiler (GEU)

„Der Stadtrat möchte keine Trixi-Spiegel. Also fragt er nur nach der Meinung jener Leute, welche auch keine Trixi-Spiegel wollen, wie bereits Gaby Gossweiler in ihrem Votum klar dargelegt hat. Ich schliesse mich hier vollumfänglich den Ausführungen von Gaby Gossweiler an und verzichte darauf, nochmals in die Details zu gehen. Aber eine Bemerkung erlaube ich mir doch noch. Der Stadtrat hat jene Leute nicht befragt, welche Trixi-Spiegel einsetzen und folglich Erfahrung haben damit. Das heisst, dass der Stadtrat mindestens die Hälfte seiner Arbeit nicht gemacht hat, was unter dem Blickpunkt der Qualität klar einen Mangel darstellt. In der Schule gäbe es für eine solche Arbeit höchstens eine 3.5, was ‚ungenügend‘ bedeutet.

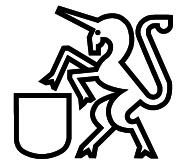
Immerhin können wir in den Ausführungen des Stadtrats auch einen positiven Punkt finden. Der Forderung des Postulats nach einem Velostadtplan möchte man offenbar nachkommen. Allerdings ist diese Zusage recht vage. Man will sich damit befassen, wenn man das Konzept ausarbeitet, welches bis Mitte 2009 aufgrund des Gegenvorschlags zur Veloinitiative erstellt werden muss. Unklar bleibt jedoch, bis wann denn nun dieser Velostadtplan wirklich vorliegt. Ich möchte den Stadtrat daran erinnern, dass im Titel des Postulats das Wort ‚Sofortmassnahmen‘ vorkommt. Da wäre es ganz bestimmt wiederum ungenügend, wenn irgendwann im Jahre 2014 vielleicht mal ein solcher Velostadtplan vorliegt. Vielmehr ist ein solcher möglichst schnell vorzulegen. Er kann dann gelegentlich nachgeführt werden, wenn Verbesserungen an den Velorouten umgesetzt sind. Damit dem Stadtrat in dieser Angelegenheit doch noch eine genügende Note erteilt werden kann, bitte ich Sie, der Aufrechterhaltung des Postulats zuzustimmen. Danke.“

## Diskussion

Zum Vorwurf der einseitigen Abklärung entgegnet Stadtrat André Ingold (SVP), das auch die Postulanten sich einseitig informiert hätten. Es sei schwierig Informationen zu beurteilen, die von vor der Einführung zusätzlicher Seitenspiegel stammten. Die Entwicklung des Velostadtplans sei auf gutem Weg.

Daniel Brühwiler (GEU): Die einseitige Abklärung der Postulanten sei das Resultat davon, dass es eines ziemlich viel Aufwand bedürfe, um nur schon Unterlagen von der Stadtverwaltung Dübendorf zu erhalten.

Keine weiteren Wortmeldungen.



## Abstimmung

Für Antrag Stadtrat

17 Stimmen

Gegen Antrag Stadtrat

17 Stimmen

Die Ratspräsidentin fällt den Stichentscheid gegen den Antrag des Stadtrats.

Das Postulat Nr. 168/2008 wird somit aufrecht erhalten.

## **5. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und zwei Mitunterzeichnende betreffend „Integration in Dübendorf“ / Beantwortung (Geschäft Nr. 174/2008)**

### Stellungnahme Stefanie Huber (GEU)

„In den letzten Wochen hat die Veranstaltungsreihe „anderen Religionen begegnen“ begonnen und auch Integration wird dort angesprochen. Eine Referentin hielt beispielsweise fest, dass es heute gar nicht mehr so einfach ist, sich zu integrieren, weil unsere Gesellschaft sich ihrer selbst nicht mehr sicher ist und keinen einheitlichen Hintergrund mehr hat. In welchen Teil der Gesellschaft integrieren sich die NeuzuzügerInnen? Gewisse Minderheiten sind bei uns inzwischen so stark, dass die Berührung mit uns „Schweizerinnen und Schweizern“, nicht mehr unbedingt nötig ist, um sich in der Gesellschaft eingebunden zu fühlen. Dies illustriert für mich einmal mehr, wie komplex das Thema Integration auch in Dübendorf ist.

Doch jetzt zur Beantwortung unserer Interpellation, für welche im dem Stadtrat danke. Die Antwort vermittelt einen Eindruck, was läuft und was wir in Bälde erwarten dürfen. Die Feststellung des Stadtrates, dass Vernetzung und der Überblick heute fehlen und noch gar nie überlegt wurde, was denn schon getan wird oder was fehlt, bestätigt uns Interpellanten, dass wir mit unserer Stossrichtung richtig liegen. Es erstaunt nur, dass diese Erkenntnis nicht schon eher gemacht wurde. Wir möchten auch bei der heutigen Gelegenheit betonen, dass die Erarbeitung des Integrationskonzeptes unsere volle Unterstützung hat und wir daran interessiert sind, dass durch einen Einbezug aller Interessengruppen wirkliche Verbesserungen erzielt werden können. Zu den einzelnen Fragen:

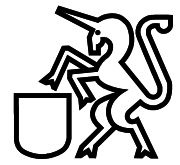
#### 1. Stossrichtung und Ziele des Integrationskonzeptes

Der Leitspruch „Aller Anfang ist Begegnung“ ist ein schöner Wegbegleiter für die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes und wir sind überzeugt, dass Antonella Giro, die das Konzept erarbeitet, die Begegnung mit den verschiedenen Interessengruppen in der Stadt Dübendorf nicht scheut – da müssen wir wohl schon uns selber noch einen Schubs geben. Ansonsten ist die Antwort des Stadtrates eher allgemein gehalten – auf begeisterungsfähige Visionen, beherzte Ziele oder wirklich Handfestes haben wir umsonst gehofft. Doch es sollen Massnahmen erarbeitet und eine verantwortliche Person in der Verwaltung definiert werden - das begrüßen wir, denn Integration kann nicht als Projekt abgeschlossen werden, sondern sie muss institutionalisiert und in den Köpfen der einzelnen Gremien verankert werden. Vom Stadtrat würden wir uns wünschen, dass er selbst zukunftsgerichtete Wünsche für die Integrationspolitik in Dübendorf formuliert und sich nicht mit offensichtlichen, verwaltungstechnischen Massnahmen zufrieden gibt.

#### 2. Zeitlicher Rahmen und 3. Zuständigkeit

Ein 20%-Pensum innerhalb eines Aufgabengebietes, das nicht einfach mit Schalteröffnungszeiten abgedeckt ist, dünkt uns am unteren Limit dessen, was für die Erstellung eines Integrationskonzeptes für die viertgrösste Stadt des Kantons Zürich nötig ist. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass Antonella Giro so weit als irgend möglich unter die Arme gegriffen wird und sie vom Stadtrat und der Verwaltung sowohl ideelle als auch organisatorische Unterstützung erhält.





#### 4. und 5. Integration als Querschnittsaufgabe und 6. Durchgängigkeit

Die Interpellanten begrüßen es, dass bereits mit verschiedenen Stellen der Primarschulpflege, der Schulsozialarbeit und Integrationsstellen das Gespräch gesucht wurde. Sehr wichtig scheint uns die zweite Runde mit den Vereinen und der Einbezug der Betroffenen. Wir sind ebenfalls gespannt, welche Erkenntnisse wir für die Arbeit im Gemeinderat erzielen werden, z.B. in der BRK, wo sich die Frage danach, wer integriert ist und wer nicht, jeweils lebhaft diskutiert wird.

#### 7. bis 9. vorschulische Integrationsförderung und Prävention sowie 12. und 13. Projekt schrittweise

Der vorschulische Bereich scheint uns vom Stadtrat bis jetzt eher wenig gewichtet. Die Schule hat ihre Zuständigkeit ab dem Kindergarten, vorher muss sich die Stadt um das Thema bemühen. Da die Kinder in diesen Jahren sehr aufnahmefähig sind und mit den Kindern auch gleichzeitig die Eltern angesprochen werden können, wäre es schade, die Chance der Prävention zu vergeben. Gerade Mütter fallen häufig durch die Integrationsmaschen, wie viele von uns aus ihren eigenen Erfahrungen wissen, weshalb hier gleich zwei Fliegen mit einer Klappe erwischt werden können.

Wir weisen den Stadtrat an dieser Stelle darauf hin, dass eine Checkliste zur Beantwortung von Parlamentsvorstößen vielleicht nicht die schlechteste Idee wäre – während bei Postulaten manchmal der Antrag vergessen geht, ist es hier beispielsweise die Frage nach den gesetzlichen Grundlagen. Fragen zusammenzufassen, ist das eine, Fragen nicht zu beantworten, etwas anderes.

#### 10. und 11. Integrationsvereinbarungen

Die Interpellanten nehmen mit Erstaunen zur Kenntnis, dass die Integrationsvereinbarungen in der Zwischenzeit von linker Seite freudiger begrüsst werden als von den Bürgerlichen. Während sich die Linken zuerst zur Unterstützung dieses Instruments durchringen mussten, sind die Bürgerlichen inzwischen – wohl aus Kostengründen - von der begeisterten Befürwortung abgekommen. Verbesserungen werden aber kaum ohne Einsatz erreicht, und das bedeutet häufig Geld. Die Beantwortung unserer Fragen ist eher verhalten; wie sich der Stadtrat zum Thema als solches stellt, nur angedeutet. Dübendorf ist bei den ersten Dutzend Integrationsvereinbarungen im Kanton Zürich dabei, aber der Elan, möglichst stark von einer solchen Handhabung zu profitieren, scheint uns etwas abgeflaut. Wir ermuntern Dübendorf, vom eingeschlagenen Weg so gut als möglich zu profitieren.

#### 14. bis 16. Projekt Antenne Oberland

Zwischenmenschliche Probleme haben dazu geführt, dass die Kontakte zwischen Dübendorf und den zuständigen Personen, notabene der kantonalen Integrationsbeauftragten, abgebrochen wurden. Dazu braucht es keinen Kommentar. Wir begrüßen es, dass Dübendorf wieder von den Erfahrungen anderer profitieren will - vor allem, wenn diese anderen progressive Ideen vertreten und zukunftsfähige Projekte wie Integrationsvereinbarungen aus persönlicher Erfahrung kennen, wie dies bei der jetzigen kantonalen Integrationsbeauftragten der Fall ist.

#### Schlussbemerkungen

Ende Juni wird die erste Bekanntgabe zu den laufenden Arbeiten erwartet. Um das Thema in der Zwischenzeit auf der öffentlichen Agenda zu halten und dem Stadtrat die Möglichkeit zu geben, uns von den Fortschritten zu informieren, werden wir unserer Interpellation eine schriftliche Anfragen nachfolgen lassen. So kann der Stadtrat ausserdem zu den restlichen Fragen, die noch der Beantwortung harren oder erst durch die Beantwortung der Interpellation aufgekommen sind, Stellung beziehen. Dübendorf hat sich auf den Weg gemacht, die Integrationssituation zu verbessern, das begrüßen die Interpellanten. Wir sind überzeugt, dass Dübendorf noch grosses Potential hat, wovon im Bereich Integration in den nächsten Monaten bestimmt etwas realisiert werden kann.“



## Diskussion

Jacqueline Hofer (SVP) geht auf die Punkte 7 bis 9 der Interpellation ein. Es sei äusserst bedenklich wenn der Anteil fremdsprachiger Kinder im Kindergarten bei 55 Prozent und in der Primarschule bei 50 Prozent liege. Es sei wissenschaftlich erwiesen, dass bei einem Anteil fremdsprachiger Kinder von über 20 Prozent in einer Schulklasse die schweizerdeutsche Sprache nicht mehr sauber gelernt werde. Man entwickle sich in eine gefährliche Richtung und müsse den eigenen Werten und der eigenen Identität mehr Bedeutung zumessen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Das Geschäft Nr. 174/2008 ist somit abschliessend behandelt.

## **6. Motion Patrick Angele (Juso/SP) und sechs Mitunterzeichnende betreffend „Cannabis-Tests“ / Begründung und Überweisung (Geschäft Nr. 191/2008)**

Das Geschäft wurde gemäss Punkt 1 von der Geschäftsliste gestrichen und an das Büro Gemeinderat zurückgewiesen.

## **7. Interpellation Patrick Angele (Juso/SP) und sechs Mitunterzeichnende betreffend „Wiedereröffnung des Militärflugplatzes Dübendorf“ / Begründung (Geschäft Nr. 192/2008)**

### Begründung Patrick Angele (Juso)

Patrick Angele (Juso) erklärt, dass für die Zukunft des Militärflugplatzes Dübendorf das nächste halbe Jahr entscheidend sei. Dann werde der Bundesrat über das Stationierungskonzept entscheiden, wo es darum gehe, wo welche Flugzeuge stationiert seien und welche Flugplätze betrieben würden. Angele zitiert aus der Botschaft des Bundesrats zum Kauf neuer Kampfflugzeuge, wonach einzig der Militärflugplatz Dübendorf als möglicher zusätzlicher Flugplatz überprüft werden solle. Es bestehe somit die Gefahr, so Angele weiter, dass der Militärflugplatz nicht wie angenommen geschlossen, sondern wieder als Militärflugplatz genutzt werde. Durch die bestehenden Flugplätze Sion, Meiringen und Payerne laste ein enormer Druck auf dem Bundesrat. Ebenfalls Druck gebe es von Unique, die über das Abschieben der zivilen Kleinfliegerei nach Dübendorf nachdenke.

Jetzt sei die entscheidende Phase, in der die Stadt Dübendorf ihre Interessen wahrnehmen müsse. Er kenne aber die Absicht des Stadtrats nicht, und deshalb sei der Stadtrat eine Antwort schuldig. Er freue sich auf die Antwort und auf die Diskussion im Gemeinderat.

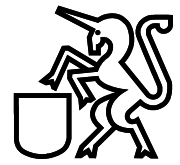
Das Geschäft 192/2008 ist somit zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.

## **8. Zweite Fragestunde im Amtsjahr 2008/2009**

Es sind 17 Fragen eingereicht worden.

### Anna Hermann (CVP) betreffend Lycee Français

„Das Lycée Français in Gockhausen mit aktuell rund 600 Schülern hat Platzprobleme und sucht deshalb neue Lösungen. Die Neubaupläne in Maur wurden im Dezember 2008 mit grosser Mehrheit abgelehnt. Verhandlungen mit der Stadt Uster sind im Gange, das Lycée Français würde es aber vor-



ziehen in Dübendorf-Gockhausen bleiben zu können, zumal auch rund ein Drittel der Schüler in Dübendorf und Gockhausen wohnen. Frage: Gibt es seitens des Stadtrats Bestrebungen resp. erneute Kontakte zur französischen Schule, um mögliche Lösungen zu finden und damit den Bildungsplatz Dübendorf zu stärken?“

Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (DP):

Schon bevor mit der Projektierung in Maur begonnen wurde, habe der Stadtrat und die Schule eine Arbeitsgruppe gebildet, dass es bereits seit 20 Jahren Probleme mit dem Standort der Schule im Wohnraum gebe. Es seien Vorschläge für neue Standorte der Schule in Dübendorf gemacht worden. Die Schule habe sich aber auf den Standort Maur konzentriert und auch mit der Stadt Uster Kontakt aufgenommen. Jetzt stehe man wieder bei „Null“. Die Gespräche in der Arbeitsgruppe würden jetzt weitergeführt, um so irgendeine Lösung zu finden.

#### Anna Hermann (CVP) betreffend Pandemie

„Gemäss BAG-Direktor Thomas Zeltner ist eine neue Grippeepidemie rein rechnerisch schon überfällig. Im Laufe einer Pandemie ist mit einem Personalausfall von 30 bis 40 Prozent zu rechnen. Fragen: 1) Ist die Stadtverwaltung gegen eine Pandemie gewappnet? 2) Sind die Zuständigkeiten und mögliche Unterstützung (Aushilfepersonal für die Aufrechterhaltung von Verwaltung und Infrastruktur) im Krisenfall geklärt?“

Antwort Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):

Zu 1): Die Pandemie-Vorsorgeplanung für die Stadtverwaltung laufe seit Juni 2008. Das innerbetriebliche Konzept sei bis Mitte 2009 erstellt und werde der Sicherheitskommission/Ereignisstab vorgelegt. Zu 2): Bereits heute sei das Alterszentrum alljährlich mit Grippeperioden konfrontiert. Das vorhandene Notfallkonzept habe sich bislang bewährt. Auf dieser Grundlage sei ein neues Konzept in Bearbeitung. Bis Mitte Jahr würden beide Konzepte zusammengeführt. Danach seien die Zuständigkeiten und Unterstützungsplanung im Detail definiert.

#### Barbara Schori (CVP) betreffend Platzmangel in der Kantonsschule

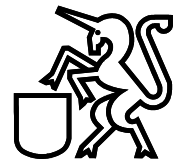
„Der Kantonsrat hat den Bau der Kantonsschule in Uster um 2 Jahre hinausgeschoben. Somit bleibt uns die Kantonsschule in Dübendorf weiter erhalten und wir können nicht über die Räume verfügen. Frage: Wie gedenkt Dübendorf das Problem der nicht zur Verfügung stehenden Räume zu lösen?“

Antwort Bildungsvorsteherin Edith Jöhr (DP):

Der Entscheid des Kantonsrats sei enttäuschend. Schon jetzt herrschten enge Verhältnisse und zum Teil gebe es keine Schulqualität mehr. Die Kantonsschule Glattal sei letzte Woche an sie gelangt mit der Bitte nach Schulraum für das nächste Schuljahr. Weder Primarschule noch die Oberstufe könne diesen aber anbieten, und sie sei noch nicht soweit, eine definitive Antwort auf die Frage zu geben. Primarschule und Oberstufe würden Hand bieten für eine Lösung, so weit das möglich sei.

#### Hans-Felix Trachsler (SVP) zum Erweiterungsbau des Alterszentrums

„Im letzten Sommer bewilligte der Dübendorfer Souverän einen Kredit von 1,7 Mio CHF für Planungsarbeiten rund um die schon seit längerem vorgesehene Erweiterung des Alterszentrums. Seither ist Funkstille zu diesem Thema. Fragen: 1) Wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitungsarbeiten? 2) Gedenkt der Stadtrat, den Bau zeitlich vorzuziehen, um sicherzustellen, dass das das bedeutende



Projekt auch im Hinblick auf eine antizyklische Konjunktur- und Investitionspolitik eine optimale Wirkung entfalten kann?“

Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (DP):

Ziörjen antwortet für den abwesenden Präsidenten der Baukommission, Stadtrat Martin Bäumle (GEU). Im September 2008 sei ein Vorprojekt erstellt worden, das anschliessend geprüft und mit rund 100 Ergänzungsvorschlägen komplettiert wurde. Im November/Dezember habe das definitive Vorprojekt vorgelegen, das jetzt durch die Baukommission und den Stadtrat beurteilt würde. Man könne das ganze Projekt jetzt aber nicht ein Jahr schneller als geplant erarbeiten.

Trachsler stellt die Anschlussfrage, wann der Gemeinderat mit einer Orientierung des Projekts rechnen könne.

Ziörjen erwartet, das Parlament im Herbst informieren zu können.

## Hans Baumann (SP) zum Austritt SDEU – Personalplanung

„Mit dem Austritt aus dem SDEU per Ende 2009 muss die Stadt im Bereich Sozialhilfe und Amtsvormundschaft zahlreiche neue Stellen schaffen. Wahrscheinlich müssen die Fachleute schon vorher eingearbeitet werden, damit ab 1.1.2010 ein problemloser Übergang möglich ist. Fragen: 1) Wie weit ist die Sozialabteilung mit der Personalplanung? 2) Wurden die entsprechenden Stellen schon ausgeschrieben und wenn nein, wann soll dies geschehen?“

Antwort Sozialvorstand Kurt Spillmann (SVP):

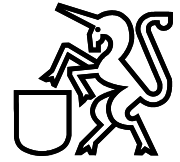
Zu 1): Die Personalplanung sei abgeschlossen. Zu 2) Alle Stellen seien ausgeschrieben. Eine erste neueingestellte Person habe am Montag bereits mit ihrer Arbeit angefangen, die letzte Stelle werde Mitte Jahr besetzt sein.

## Hans Baumann (SP) zur Kehrichtabfuhr

„Ich habe mit Verwunderung festgestellt, dass die mit der Kehrichtabfuhr beauftragte Firma vor ein paar Wochen in Gockhausen unseren Behälter mit Grünabfuhr in das gleiche Fahrzeug geworfen hat wie unsere Kehrichtsäcke. Solche Beobachtungen wurden anscheinend auch in Dübendorf gemacht. Fragen: 1) Wie lautet genau der Leistungsauftrag mit der Firma Frei? Kann in gewissen Fällen von der Trennung des Kehrichts abgesehen werden und wann? 2) Wenn dieses Verhalten nicht dem Leistungsauftrag entspricht, ist der Stadtrat bereit, bei der Firma Frei zu intervenieren?“

Antwort Tiefbauvorstand Rolf Güttinger (EVP):

Der Leistungsauftrag sei klar: Kehricht sammeln. Es könne sein, dass die Lastwagen für Grünabfuhr und Kehrichtabfuhr kurz hintereinander das entsprechende Entsorgungsgut eingesammelt hätten, so dass der Eindruck habe entstehen können, wonach nur ein Lastwagen vorbeigefahren sei. Dies könne ein Grund sein für Baumanns Beobachtung. Wenn tatsächlich Grüngut und Kehricht zusammen gesammelt würden, dann ginge das nicht, die Sammlung habe getrennt zu erfolgen.



## Erika Attinger (GEU) zur Angabe des Perimeters der einspracheberechtigten Anwohner in Baugesuchen für Mobilfunkanlagen

„Der Bau von Mobilfunkantennen in Wohnquartieren verursacht bei den betroffenen Anwohnern Unsicherheit und Ängste über gesundheitliche Auswirkungen. Da die Leistung und damit die Emissionen der geplanten Anlagen aus dem publizierten Baugesuch nicht ersichtlich sind, hatte der Stadtrat versprochen, bei Ausschreibungen den Perimeter der Einspracheberechtigten als Teil des Baugesuches zu veröffentlichen. In der Publikation zur Antennenanlage Wilstr. 87 vom Anfang Januar 2009 fehlt diese Angabe. Wer ahnt, dass er auch in einer Entfernung von 470m zum geplanten Standort zu den Einspracheberechtigten gehört. Fragen: 1) Wer ist verantwortlich, dass die Baugesuche von Mobilfunkantennen den vom Stadtrat versprochenen Formen genügen? Also inklusive Perimeterangabe. 2) Wie wird sichergestellt, dass in Zukunft der Kreis der Einspracheberechtigten in jedem Baugesuch für Mobilfunkanlagen angegeben wird? 3) Wird das Baugesuch für die Mobilfunkanlage Wilstr. 87 nochmals inklusiv Perimeterangabe publiziert mit entsprechend neuer Einsprachefrist?“

Antwort Hochbauvorstand Hans Zeier (CVP):

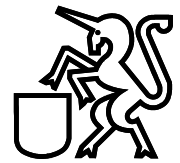
Zu 1): Verantwortlich für die formelle Richtigkeit von Gesuchen seien die Gesuchsteller. Die Abteilung Hochbau prüfe die Gesuche anschliessend zusammen mit dem Ingenieurbüro Gossweiler. Zu 2): Die Publikation des angesprochenen Gesuchs war rechtlich korrekt, das Gesuch war vollständig, wurde aber nicht komplett publiziert. Grund für dieses Versäumnis seien personelle Wechsel in der Stadtverwaltung gewesen. Er habe veranlasst, dass die Perimeterangabe künftig immer publiziert werde. Zu 3): Da das Gesuch rechtlich korrekt publiziert worden sei, müsse es nicht nochmals publiziert werden.

## Peter Schuppisser (SP) zu neuen Nutzungsbestimmungen für den Flugplatz Dübendorf anlässlich des WEF

„Dem Flugplatz Dübendorf wurde für das WEF ein neues Flugregime bewilligt. Für uns Betroffene war das so unüberhörbar wie unerhört. Bisher durfte Dübendorf während dem WEF lediglich als Parkplatz für Privatjets genutzt werden. Dieses Jahr war es WEF-Teilnehmern erlaubt, Dübendorf direkt anzufliegen. Das hatte vermehrte Helikopterflüge zur Folge und führte zu zusätzlichen Lärmbelästigungen. Die private Firma ExecuJet z.B. bot über das Internet Flüge nach Dübendorf an. Zeitfenster 07.00 bis 20.00 und wie selbstverständlich auch die Möglichkeit einer Verlängerung bis 22.00 Uhr. Die SP/Juso-Fraktion ist besorgt dass in Zukunft auch für andere private Anlässe Sonderbewilligungen für eine neue Art von Nutzung des Flugplatzes Dübendorf erteilt werden. Wir befürchten dass mit solchen Bewilligungen eine schleichende Erweiterung oder gar Annektion des Flugplatzes Dübendorf durch den Flughafen Zürich einhergeht. Frage: Welche Mittel stehen dem Stadtrat zur Verfügung und wie gedenkt er zu verhindern dass der Flugplatz Dübendorf nicht zu einer lärmigen Zweigstelle der Unique Flughafen Zürich AG verkommt? Wir hoffen dass der Schutz der Bevölkerung dem Stadtrat näher liegt als blosse kapazitätssteigernde Interessen der Flughafen Zürich AG. Die seit mehr als 5 Jahre andauernden, nach wie vor illegalen Südanflüge, sind bereits mehr als unerträglich.“

Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (DP):

Am 8. Dezember 2008 hätten die Stadt Dübendorf und die übrigen Anrainergemeinden vom VBS die Mitteilung erhalten, dass wie bis anhin Parkierbewilligungen während des WEF erteilt worden seien. Als Ausnahme hätten ‚Staatsangehörige‘ die Bewilligung erhalten, direkt in Dübendorf zu landen, was aber nicht genutzt wurde. Der Stadtrat Dübendorf werde dabei nur informiert und nicht um Erlaubnis gefragt, da es sich um eine staatshoheitliche Aufgabe handle. Private Passagiere in Dübendorf abzufertigen sei kein Thema gewesen. Bei den Helikopterflügen habe es keine Passagierflüge ab Dübendorf gegeben.



dorf gegeben, sondern lediglich viele Überflüge. Zur Frage: Dem Stadtrat stehen keine Mittel zur Verfügung, um das zu verhindern.

## Patrick Angele (Juso) zur Asylunterkunft

Patrick Angele (Juso) wendet sich an Sozialvorstand Kurt Spillmann (SVP) und betont, dass es ihm nicht darum gehe, Spillmann anzugreifen, sondern um die Sache. Er habe an der letzten Gemeinderatssitzung auf die Kälte in der Asylunterkunft an der Schlosstrasse 8 hingewiesen. Zwar sei er noch nie im Gefängnis gewesen, doch habe er sich sagen lassen, dass man sich dort wohler fühle als in der Asylunterkunft. Frage: Welche Massnahmen trifft die Stadt gegen die Kälte? Wenn keine Massnahmen getroffen werden: Was ist die Begründung dafür?

Antwort Sozialvorstand Kurt Spillmann (SVP):

Auf den Vorwurf, in der Asylunterkunft herrschten menschenunwürdige Zustände, habe er reagiert und eine Begehung mit Angele und der Presse organisiert. Zusätzlich seien vier weitere Mängel erkannt worden, die inzwischen behoben seien. Beim Ausbaustandard von Asylunterkünften gelten die Vorgaben des Kantons Zürich. Die Stadt Dübendorf halte sich an diese Vorgaben. Es gebe jährliche Visitationen in den Asylunterkünften, und es lägen keine Beanstandungen vor.

Anschlussfrage Angele:

Die rechtlichen Grundlagen seien vage formuliert. Wieso habe die Stadt nichts gegen die Kälte in der Asylunterkunft unternommen?

Antwort Spillmann:

Man mache genug, es gebe eine Heizung. Wenn aber Türen und Fenster offen stünden, dann sei es einfach kälter. Es lägen auch von den Asylbewerbern keine Reklamationen vor. Zudem sei Angele mit einem auf den 20. Januar 2009 datierten Brief von der Sozialabteilung über die erwähnten Mängel und deren Behebung orientiert worden.

Anschlussfrage Andrea Kennel (SP):

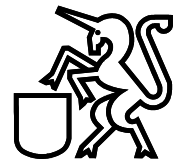
Sie habe noch nichts von einer Mängelliste gehört, ob diese Liste zur Verfügung stünde?

Antwort Spillmann:

Für ihn sei Patrick Angele der Ansprechpartner gewesen.

## Stefanie Huber (GEU) zur Erfolgskontrolle von Konzepten

„Wir haben uns an der heutigen Sitzung mit verschiedenen Konzepten auseinander gesetzt, welche bei der Stadt Dübendorf in Erarbeitung sind. Dazu gehören das Abfallkonzept, das Velokonzept und das Integrationskonzept. Wie eben von André Ingold erwähnt neu auch ein Notfallkonzept. Des Weiteren wurde bereits ein Parkraumkonzept erstellt und es ist ein Verkehrskonzept in der Pipeline. Dies als Beispiele. Es wird vorwärts gearbeitet in Dübendorf! Bei jedem Thema legen die Betroffenen und Interessierten Wert darauf, dass die getane Arbeit auch Früchte zeigt. Fragen: 1) Welche Verbindlichkeit haben einmal ausgearbeitete Konzepte für den Stadtrat? Respektive wer übernimmt die Verantwortung für die Umsetzung der Konzepte? D.h. wie wird sichergestellt, dass die Konzepte nicht als Papiertiger enden? 2) Wie wird der Erfolg eines Konzeptes respektive seiner Umsetzung gemessen? In welchem Rahmen, oder innerhalb welches Verfahrens, werden diese Konzepte evaluiert?“



Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (DP):

Zu 1): Konzepte führten dazu, dass sie dann weiterbearbeitet werden und in Verordnungen, Richtpläne etc. einfließen würden. Aus Konzepten entstünden so Verbindlichkeiten. Die Verantwortungsbereiche für die Umsetzung der Konzepte entsprechen den Verantwortungsbereichen innerhalb der Verwaltung. Die politische Verantwortung trage auf erster Stufe der Ressortvorsteher, auf zweiter Stufe der Stadtrat. Zu 2): Die Erfolgskontrolle erfolge mit dem Geschäftsbericht. In diesem werde Erfolg oder Misserfolg rapportiert.

## Gaby Gossweiler (FDP) zur Statutenanpassung von Zweckverbänden

Gaby Gossweiler (FDP) fragt, wann die notwendigen Statutenanpassungen der verschiedenen Zweckverbände der GRPK vorgestellt würden.

Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (DP):

Die Stadt Dübendorf sei Mitglied in vier Zweckverbänden: SDEU (Austritt ist beschlossen), Sportanlage Dürrbach, ARA Neugut und Spitalverband Uster. Die Statutenänderungen bei den drei letztgenannten Zweckverbänden seien in Bearbeitung. Die Statuten des Spitalverbands Uster würden in diesem Jahr angepasst und in der GRPK behandelt werden. Der Entscheid über die Anpassung der Statuten liege dann in der Kompetenz des Gemeinderats.

Ergänzung Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP), Präsident Betriebskommission Zweckverband Sportanlage Dürrbach:

Die Statutenänderung sei noch nicht sehr weit, es fänden aber bereits politische Gespräche mit der Gemeinde Wangen-Brüttisellen statt.

Ergänzung Tiefbauvorstand Rolf Güttinger (EVP), Leitung ARA-Kommission:

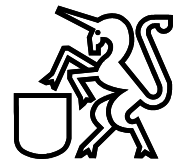
Die ARA solle in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden. Es sei alles vorbereitet, damit auf Ende Jahr die Umstellung vollzogen werden kann. Es bedürfe dazu noch einer Abstimmung in der Gemeinde.

## Ursula Hunziker (GEU) zum Haus an der Wallisellenstrasse 24

Ursula Hunziker (GEU) stellt fest, dass das Haus an der Wallisellenstrasse 24 unbewohnt und in einem schlechten Zustand sei. Rund um das Haus würde verschiedenes Material gelagert. Es sehe aus wie in einem Baumagazin. In der gleichen Häuserzeile gebe es vorbildlich renovierte Häuser, und die ansässigen Geschäftsinhaber würden die Wallisellenstrasse attraktiv gestalten. Fragen: 1) Was wird unternommen, um die Missstände an der Wallisellenstrasse 24 zu beheben? 2) Was ist über die Absichten des Besitzers der Liegenschaft bekannt?

Antwort Hochbauvorstand Hans Zeier (CVP):

Man habe bei dieser Liegenschaft feuerpolizeiliche Mängel feststellen und beheben können. Kontrollen fänden statt und Auflagen würden gestellt. Ein Auto ohne Nummer neben dem Haus abzustellen sei aber erlaubt. Ebenso dürfe man bei sich zuhause eine Unordnung haben. Wenn die Liegenschaft aber renoviert werden würde – wofür es positive Anzeichen von Seiten des Besitzers gebe – dann versuche man, mit der Natur- und Heimatschutzkommission den Besitzer zu einem guten Umbau zu bewegen. Zeier bezeichnet es als positiv, wenn das Haus renoviert würde. Die Renovation von geschützten Objekten sei aber schwierig, da das Haus nachher in einen Gesamtrahmen hineinpassen sollte.



## Barbara Schori (CVP) zu einer Wohnungswegweisung

Barbara Schori (CVP) berichtet von einem Tele-Züri-Beitrag vom 16. Januar über eine siebenköpfige Familie, die aus Dübendorf weggewiesen worden ist. Fragen: 1) Wie geht es der Familie? 2) Ist es überhaupt möglich, eine Familie wegzuweisen?

Antwort Sozialvorstand Kurt Spillmann (SVP):

Zu 1): Die Familie wohnt wieder, wobei er aber aus verständlichen Gründen nicht sagen wolle, wo die Familie jetzt wohne. Zu 2) Das Sozialamt habe die Familie nicht weggewiesen. An einem Freitagabend sei das Sozialamt mit dem Fall konfrontiert worden, obwohl das Sozialamt eigentlich nicht dafür zuständig sei. Eine Platzierung sei nachher möglich geworden. Grundsätzlich liege es in der Eigenverantwortung, wenn jemand aus einer Wohnung gewiesen wird. Eine Familie zu platzieren sei jeweils eine grosse Übung. Das Sozialamt habe aber das Menschenmögliche getan und sei tätig geworden.

## Pia Etter (SP) zur Sauberkeit des Trottoirs an der Wangenstrasse

Pia Etter (SP) berichtet von immer gleichen Littering-Haufen an der Wangenstrasse und von Scherben vor den beiden Bars an der Wangenstrasse, die jeweils während mehreren Tagen auf dem Trottoir lägen. Fragen: 1) Wie oft werden die Trottoirs an der Wangenstrasse gereinigt? 2) Ist es möglich, die Trottoirs vor den Bars öfters oder nach den Wochenenden zu reinigen?

Antwort Tiefbauvorstand Rolf Güttinger (EVP):

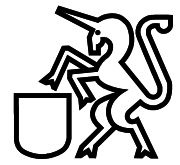
Die Wangenstrasse sei eine Staatsstrasse, demzufolge sei auch das kantonale Tiefbauamt für Reinigung, Winterdienst und Unterhalt zuständig. Hauptstrassen würden in der Regel wöchentlich gereinigt, Nebenstrassen weniger. Er werde den Einsatzplan in Bezug auf die Reinigung vor den Bars überprüfen und darüber Bericht erstatten.

(Nachtrag per E-Mail an den Ratssekretär vom 5. Februar 2009: „Frage 1: Die Wangenstrasse wird in den Sommermonaten ca. alle 2 Monate gereinigt. In den Wintermonaten erfolgt keine Reinigung. Das kantonale Tiefbauamt verfügt für alle Staatsstrassen nur über eine Wischmaschine. Frage 2: Das Tiefbauamt Dübendorf sieht aufgrund der bereits hohen Auslastung unserer Wischmaschinen und aus Kostengründen keine Möglichkeit, eine Reinigung nach dem Wochenende vorzunehmen. Im neuen Abfallkonzept ist vorgesehen, dass Einkaufsläden und Betriebe der Unterwegsverpflegung (Take-Away-Betriebe, Imbissstände, Kioske usw.) genügend Sammelbehältnisse für Abfälle zur Verfügung stellen müssen. Sie können auch verpflichtet werden, liegen gelassene Abfälle in einem gewissen Umkreis selbst einzusammeln und zu entsorgen.“)

## Andrea Kennel (SP) zum Freibad Dübendorf

„Ich freue mich wieder auf den Sommer, wenn ich in die Badi gehen kann. Es ist für mich immer eine Erholung, die mit Liebe und Sorgfalt gepflegte Badi zu besuchen. Und wenn ich mal nicht so gut gelaunt bin, dann ändert sich das schnell, wenn ich von einer der freundlichen Badmeisterinnen oder Bademeister mit einem Strahlen im Gesicht begrüsst werde. Nun musste ich aus der Zeitung erfahren, dass unser Bademeister gekündigt hat. Soweit ich in Erfahrung bringen konnte, ist er nicht der einzige. Es scheint nur eine einzige Bademeisterin in Dübendorf bleiben zu wollen. Bei einem so tollen Team, das die Arbeit offensichtlich mit grosser Freude geleistet hat, für mich absolut unverständlich. Fragen: 1) Wie viele Personen vom Badepersonal haben gekündigt, wie viele bleiben noch? 2) Was sind die Gründe für die Kündigungen? 3) Wie schneidet Dübendorf in einem Lohnvergleich für Badepersonal im Kanton Zürich ab?“





Antwort Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):

Zu 1): Es gebe eine Kündigung, die übrigen Angestellten des Freibads hätten einen Saisonvertrag.  
Zu 2): Der Betriebsleiter habe eine neue Herausforderung angenommen. Nach der Kündigung des Betriebsleiters hätte es bei den übrigen Angestellten des Freibads eine Verunsicherung gegeben. In die neue Freibadsaison starte man mit vier neuen Bademeistern. Zu 3) Der Lohnvergleich zeige auf, dass die Entlohnung im guten Mittel sei.

## Andrea Kennel (SP) zum Einbahnverkehr beim Bau der Glattalbahn

Andrea Kennel (SP) erläutert, dass sie vor rund einem halben Jahr im „Glattaler“ gelesen hätte, dass es für die Baustelle der Glattalbahn ein Einbahnkonzept gebe. Sie sei gespannt gewesen, wie dieses funktioniere. Jetzt gebe es an der Ringstrasse zwar eine Baustelle, das Konzept aber vermisse sie. Fragen: 1) Auf wann war das Konzept vorgesehen? 2) Wann ist das Konzept fertig? 3) Wann wird das Konzept umgesetzt?

Antwort Tiefbauvorstand Rolf Güttinger (EVP):

Es sei nicht geplant gewesen, das Einbahnkonzept bereits zu Beginn der Bauphase umzusetzen, sondern erst dann, wenn es zu Problemen komme. Bisher sei es aber gut gelaufen, und erst jetzt könne eine Zunahme des Verkehrs im Stadtzentrum beobachtet werden. Das Konzept kann also in Gang gesetzt werden, ein Vorschlag ist vorhanden. Im Februar werde das Konzept im Stadtrat behandelt und nach der Genehmigung umgesetzt. Einige Teilgebiete seien jetzt schon umgesetzt. Dieses Konzept werde noch viel zu reden geben, da es harte Einschnitte im Verkehr zur Folge hätte.

## Barbara Schori (CVP) zur Verzögerung im Projekt Bau Kanti Uster / Auswirkungen für Dübendorf (Frage eingereicht durch Stephan Schneider, CVP)

„Wie kürzlich aus der Presse zu entnehmen war, wird das Projekt Bau Kanti Uster bis mind. 2011 verschoben. D.h. dass die Räumlichkeiten im Schulhaus Stägenbuck weiterhin durch die Kantonsschule für längere Zeit benutzt werden. Fragen: 1) Was hat der Entscheid der Bildungsdirektion für finanzielle und organisatorische Auswirkungen für die Primarschule Dübendorf, die Ihrerseits bekanntlich mehr Schulraum benötigt. 2) Könnte man die Verzögerung des Projektes auch dazu nutzen, um allenfalls doch noch darauf hinzuwirken, dass die Kantonsschule in Dübendorf angesiedelt bleibt?“

Antwort Bildungsvorsteherin Edith Jöhr (DP):

Zu 1): Die finanziellen Folgen hätten mit der Verlängerung des Mietvertrags zu tun. Dadurch hätte die Primarschule mehr Einnahmen, was positiv sei. Negativ sei aber, dass der selber benötigte Schulraum dadurch noch knapper würde. Jetzt müsste eine Lösung für die kommenden fünf Jahre gesucht werden. Zu 2): Die Strategie, den Standort der Kantonsschule Glattal in Dübendorf zu belassen, habe keine grossen Chancen. Dies würde aber nach wie vor angeschaut.

## **9. Fünf Bürgerrechtsgesuche**

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sämtliche Anträge werden von der BRK einstimmig zur Annahme empfohlen. Es wird deshalb auf Referate von Seiten der BRK verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden



## Beschlüsse:

### Geschäft Nr. 147/2008

Winslows Antony Dhanson, srilankischer Staatsangehöriger, sowie seine Kinder Abishek Dhanson und Angel Aasikka, wohnhaft Meisenweg 14, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	21 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK	3 Stimmen

### Geschäft 175/2008

Kryeziu Nazim, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Aurela und Leondis, wohnhaft Grundstrasse 30, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	20 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK	2 Stimmen

### Geschäft Nr. 185/2008

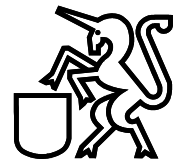
Daparte Aneiros Monica, spanische Staatsangehörige, sowie die Kinder Lopez Daparte Alejandro und Lopez Daparte Sara, wohnhaft Gumpisbühlstrasse 64, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK	1 Stimmen

### Geschäft Nr. 186/2008

Delija Sanije geb. Jasiqi, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, und ihr Ehemann Delija Adem, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Kaltrina und Granit, wohnhaft Heugatterstrasse 22, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	26 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK	6 Stimmen



## Geschäft Nr. 187/2008

Pachmann Herbert Gustav, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft Casinostrasse 10, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1450.--

Antrag BRK: Annahme (4 Ja zu 0 Nein)

Diskussion: keine

Für Antrag Stadtrat / BRK: 23 Stimmen

Gegen Antrag Stadtrat / BRK 1 Stimmen

## Einwände

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Die Ratspräsidentin teilt mit, dass der Ratssekretär eine Checkliste zur formellen Beurteilung von politischen Vorstössen ausarbeiten wird.

---

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

---

## **Für die Richtigkeit:**

Marcel Amhof, Sekretär

## **Eingesehen und für richtig befunden:**

Andrea Kuhn-Senn, Ratspräsidentin

Patric Crivelli, Stimmzähler

Rolf Biggel, Stimmzähler

Stefanie Huber, Stimmzählerin